



Christlich-Islamischer Verein Hochrhein e.V.

Mitgliederbrief 3/2003

*Liebes Mitglied des CIVH,
liebe Freunde des CIVH!*

Am 25. November 2003 haben die Muslime Id al-Fitr, das Fest des Fastenbrechens, gefeiert. Wenige Tage später begann für die Christen die Adventszeit, eigentlich eine Fasten- und Besinnungszeit auf das bevorstehende Weihnachtsfest mit der Geburt Jesu. Doch ist dies in der heutigen Zeit für einen Christen gleichermaßen schwierig, wie für einen Muslim in einer nichtmuslimischen Umgebung zu fasten. Der Leserbrief von Pfarrer Bücklein in der Badischen Zeitung hat dies verdeutlicht. Wir haben ihn für Sie am Ende abgedruckt.

Im Oktober ist Herr Faruk Tasci wieder in die Türkei zurückgekehrt und als neuer Imam ist Herr Ahmet Cidem hier eingetroffen und hat seinen Dienst aufgenommen. Wir haben ihm einen Willkommensgruß überreicht.

Nun wünschen wir allen Christen ein frohes Weihnachtsfest und Ihnen allen ein gesegnetes neues Jahr.

gez. I. Omer

Ingeborg Omer

Werner Ross

16. Dezember 2003

Vorsitzender

Werner Ross
In den Grundmatten 2
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel/Fax: 07623-47521
weross.rhf@t-online.de

1. Stellvertreterin

Ingeborg Omer
Stelleacker 18
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel: 07623-62430
Fax: 07623-8469
ingeborgomer@web.de

2. Stellvertreter

Herwig Popken
Nollinger Str. 35
79618 Rheinfelden /Bd.
Tel: 07623-799195
Fax: 07623-799196
herwigp@t-online.de

Bankverbindung

Sparkasse Lörrach-Rhf.
Konto 2-095.05
BLZ 683 500 48

Mitglied im

Koordinierungsrat der Vereinigungen
des christlich-islamischen Dialogs in
Deutschland (KCID)

Mitarbeit in der

Islamisch-Christlichen Konferenz für
Süddeutschland (ICK)

A Zum christlich-islamischen Dialog

1. Aus der „CHARTA OECUMENICA“

Leitlinien für die wachsende Zusammenarbeit unter den Kirchen in Europa

11. Beziehungen zum Islam pflegen

Seit Jahrhunderten leben Muslime in Europa. Sie bilden in manchen europäischen Ländern starke Minderheiten. Dabei gab und gibt es viele gute Kontakte und Nachbarschaft zwischen Muslimen und Christen, aber auch massive Vorbehalte und Vorurteile auf beiden Seiten. Diese beruhen auf leidvollen Erfahrungen in der Geschichte und in der jüngsten Vergangenheit.

Die Begegnung zwischen Christen und Muslimen sowie den christlich-islamischen Dialog wollen wir auf allen Ebenen intensivieren. Insbesondere empfehlen wir, miteinander über den Glauben an den einen Gott zu sprechen und das Verständnis der Menschenrechte zu klären.

Wir verpflichten uns,

- den Muslimen mit Wertschätzung zu begegnen;
- bei gemeinsamen Anliegen mit Muslimen zusammenzuarbeiten.

2. Mitteilungen aus der Arbeit des Koordinierungsrates der Vereinigungen des christlich-islam. Dialogs in Deutschland (KCID)

Der Vorstand des KCID hat in seiner Sitzung vom 26.07.2003 einstimmig die Aufnahme der Christl.-Islam. Gesellschaft in Gießen e.V. und der Islam.-Christl. Arbeitsgemeinschaft in Hessen (ICA Hessen) beschlossen. Damit ist die Zahl der Mitglieder des KCID auf insgesamt 13 gestiegen.

Ferner hat der Vorstand die CIG Region Stuttgart e.V. mit dem Aufbau einer Geschäftsstelle beauftragt. Dank ihrer Bemühungen ist mittlerweile die Anmietung eines Büros am Rande der Stuttgarter Innenstadt möglich geworden. Bis zum Jahresende soll der Aufbau der Geschäftsstelle abgeschlossen sein. Der KCID ist ab sofort unter folgender Anschrift zu erreichen:

Rosensteinstr. 2-16, 70191 Stuttgart, Telefon 0711-253 7840.

3. Stiftungslehrstuhl für Islamische Religion

Zum Wintersemester 2003/04 ist eine Stiftungsprofessur für Islamische Religion am Fachbereich Evangelische Theologie der J.W.-Goethe-Universität in Frankfurt a.M. eingerichtet worden. Dieses Projekt wurde durch die Zusammenarbeit des Fachbereiches Evang. Theologie mit dem türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten DIYANET (vgl. CITIB-Moscheen) möglich.

Ziel soll die Ausbildung deutschsprachiger Vorbeter und Religionslehrer sein. Gleichzeitig soll Nichtmuslimen die Möglichkeit zum Studium islam. Religion im Nebenfach geboten werden. Die Kooperationspartner sehen in diesem Angebot einen wichtigen Beitrag zur Förderung des interrel. Dialogs. Der Lehrstuhlinhaber, Prof. Dr. Emin Köktasch, wird seine Antrittsvorlesung am 29.01.2004 halten.

Quelle: Mitgliederinfo der CIG e.V. Köln/Berlin

4. Erstmals sollen in Belgien islamische Festtage zu staatlichen Feiertagen erklärt werden.

Die christdemokratische CDH-Fraktion will am Montag einen entsprechenden Gesetzentwurf für die Region Brüssel einbringen, heißt es in Zeitungsberichten von heute. Als Begründung wird angeführt, es sei nicht einzusehen, dass Muslime für das Fest des Fastenbrechens am Ende des Ramadan oder das islamische Opferfest einen Urlaubstag nehmen müssten, während Katholiken an ihren Feiertagen frei hätten. In Brüssel sind rund 150.000 der knapp eine Million Einwohner Muslime.

Quelle: kna (kath. Nachrichten-Agentur)

B Thema: Stellungnahmen zum multireligiösen Gebet

1. „Wir können uns beim Beten nicht absichern“

Umstritten ist – im Protestantismus stärker als im Katholizismus – die Frage, ob Christen zusammen mit Angehörigen anderer Religionen beten dürfen?

Welche Position vertreten Sie Herr Werbick: ?

Ich habe ja deutlich gemacht, dass der Zweifel im Gebet seinen Platz hat und in ihm zur Sprache kommen darf. Warum sollten Angehörige verschiedener Religionen daher nicht sagen, wir beten jetzt miteinander zu Gott, auch wenn wir jetzt nicht wissen, ob es der gleiche ist, an den wir uns wenden, und auch wenn wir nicht wissen, ob wir das gleiche tun. Wenn wir schon in unserem alltäglichen Gebet Dinge sagen, die unser Begreifen übersteigen – ich erinnere an das, was ich über das Bittgebet gesagt habe –, um wie viel mehr gilt das für das gemeinsame Gebet für Christen und Nichtchristen. Wir können uns beim Beten nicht absichern, wir müssen da immer ein Wagnis eingehen. Im übrigen glaube ich, dass der Gott Jesu Christi nicht so kleinkariert ist, dass er uns das übel nimmt. Eher wird es ihm missfallen, dass wir im Gebet zu wenig wagen.

(Prof. Dr. Jürgen Werbick lehrt Fundamentaltheologie an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster.)

2. Warum ich als Christ gemeinsam mit Nichtchristen beten kann

Wer im Internet, in der Suchmaschine „google“, das Stichwort „interreligiöses Gebet“ eingibt, entdeckt: In Deutschland beten landauf, landab Angehörige verschiedener Religionsgemeinschaften miteinander. Meist sind es Christen und Muslime, gelegentlich sind auch Juden dabei. Der Anlass ist oft die Sorge um den Frieden zwischen den Völkern. Doch – treiben die Christen, die mit Nichtchristen beten, Allotria, verstoßen sie gegen das Erste Gebot, wonach der Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs keine anderen Götter neben sich duldet?

Ich bin Christ (und auch Pfarrer) und bete regelmäßig mit anderen Christen, vorwiegend Protestanten. Ich

tue das, weil uns dieselbe Tradition verbindet und wir zum selben Gott beten. Aber stimmt das eigentlich?

Könnte ich zum Beispiel gemeinsam mit George W. Bush beten? Einerseits ist der amerikanische Präsident

Methodist, also Mitglied einer evangelischen Kirche. Andererseits hat er wesentlich andere

Wertvorstellungen als ich. Würde sich das auf die Steuerpolitik beschränken, wäre das kein Problem. Doch

glaubt jemand, der wie Bush ein eifriger Verfechter der Todesstrafe ist, wirklich an den Gott, den Jesus

seinen, unseren Vater nennt? Ich habe meine Zweifel. Und doch würde ich mit Bush beten. Er ist schließlich

getauft wie ich. Und außerdem glaube ich, dass Gott Gebete erhört, unabhängig davon, ob der Beter die

richtige Vorstellung von ihm hat. Und auch mein Gottesbild ist relativ, auch ich erkenne – um mit Paulus zu

sprechen – jetzt noch „durch einen Spiegel ein dunkles Bild, dann aber von Angesicht zu Angesicht“. Das

enthebt mich aber nicht der Pflicht, schon heute theologische Urteile zu fällen, auch wenn sie nur vorläufig

sein können.

So gibt es Fälle, in denen ich mit anderen Christen nicht zusammen bete. Vor einiger Zeit besuchte ich in London den Gottesdienst einer Gemeinde, die zum katholischen Flügel der Kirche von England zählt. Ich feierte die anglikanische Liturgie gerne mit. Doch ich schwieg, als zum Schluss das „Gegrüßest seist du Maria“ gesprochen wurde. Denn dieses Gebet endet mit der Bitte: „Heilige Maria,

Mutter Gottes, bitte für uns Sünder, jetzt und in der Stunde unseres Todes.“ Ein Gebet aber, das sich an Maria richtet, halte ich theologisch für falsch. Ich kann nur zu Gott beten. Und ich tue das „durch Jesus Christus unseren Herrn“. Dies ist ja mehr als eine liturgische Formel, die ans Gebet so angehängt wird. Sie erinnert vielmehr daran, dass ich – wie alle anderen Nichtjuden – nur durch Christus einen Zugang zum Gott Israels bekommen habe.

Wenn ein Muslim Gott um die Genesung eines Kranken bittet, um Trost für Trauernde und um Frieden für Völker, die verfeindet sind, kann ich selbstverständlich einstimmen. Denn Gott ist nun einmal ein Gott des Friedens, er hört die Klage der Leidenden und leidet mit ihnen, egal welcher Konfession und Religion sie angehören.

Trotzdem kann ich die Einwände gegen das interreligiöse Gebet verstehen, die Angst, dass alle Religionen zusammengemischt werden. Deswegen – wenn ich mit Nichtchristen beten würde, privat oder öffentlich, würde ich immer klarstellen: Ich kann Gott nicht ohne Ansehen der Person Jesu denken. Der Gott, den ich im Gebet anrede, ist der Gott, der sich in Jesus Christus offenbart, der Gott, der die Liebe ist. Mit anderen Worten: Jesus ist der kritische Maßstab, den ich an alle Rede von und an Gott anlege. Ihm müssen alle Gebete entsprechen, bei interreligiösen Feierstunden, aber natürlich auch in der Kirche.

Wahrscheinlich werden orthodoxe Muslime und Juden mit jemandem, der an den dreieinigen Gott glaubt und das auch vorher sagt, nicht beten wollen. So wie auch orthodoxe Protestanten Berührungspunkte gegenüber denen haben, die anders glauben als sie. Das ist zu respektieren. Wenn aber Nichtchristen bereit sind, mit mir und mit anderen Christen zu beten, habe ich keine grundsätzlichen Probleme.

(Jürgen Wandel, evang. Pfarrer und einer der Redakteure von „zeitzeichen“)

3. Warum Christen nicht mit Angehörigen anderer Religionen beten sollten

Als Christen reden wir von Gott und beten zu ihm. Vertreter anderer Religionen tun das auch. Liegt es nicht nahe, das gemeinsam zu praktizieren? Lassen sich religiöse Abgrenzungen vor dem Hintergrund einer säkularen Gesellschaft wirklich noch begründen? Sollten nicht vielmehr gegen alle Formen moderner Gottvergessenheit ein positives Zeichen aufgerichtet und die spirituellen Gemeinsamkeiten gepflegt werden? Doch gegen solche Praxis sprechen erhebliche inhaltliche Gründe.

Fakt ist nach wie vor: Die großen Religionen sind durch Welten voneinander getrennt. Deshalb kann es – unbeschadet mancher Berührungspunkte – keine religiöse Ökumene geben. Hierbei handelt es sich nicht um theologische Böswilligkeit und um engstirnige christliche Abgrenzerei, sondern um ein redliches, sachlich begründetes Verhalten. Gott, der Vater unseres Herrn Jesus Christus, ist nicht kompatibel, nicht mit anderen Gottesvorstellungen zusammenfügbar. Wer die Religionen miteinander vermischt, nimmt ihnen ihre jeweilige Kontur und wird somit keiner von ihnen gerecht.

Was wird gemeint, wenn man von „Gott“ spricht? „Gott“ ist zunächst und allgemein ein Etikett für das religiös Höchste, das sich denken lässt. Doch dahinter kann sich völlig Unterschiedliches, ja Gegensätzliches verbergen. Das lässt sich beim bloßen Gebrauch des Wortes nicht erkennen. Deshalb darf die sprachliche Übereinstimmung nicht zu dem Trugschluss verleiten, damit meinen alle dasselbe. Das ist nicht der Fall. Entscheidend ist: Was verstehen wir unter Gott? Wie füllen wir diesen Begriff?

Die erste Christenheit, die sich mitten auf einem unübersichtlichen religiösen Markt vorfindet, hat im Blick auf die heidnische Umwelt keineswegs die Meinung vertreten: „Wir glauben alle an denselben Gott.“ Vielmehr machen die Apostel deutlich: Wer zu Jesus kommt, nimmt damit von allen anderen religiösen Figuren Abschied, denn nun hat er endlich den einen, wahren Gott gefunden. Ihr lebet „ohne Gott in der Welt“, schreibt Paulus an die Christen in Ephesus (Epheser 2,12). Dabei waren alle Personen vorher durchaus religiös. Sie hatten geglaubt – jedoch in eine falsche Richtung.

Es wäre damals ein Leichtes gewesen und hätte den christlichen Gemeinden viel Kummer und Verfolgung erspart, hätten sie die Ansicht vertreten: „Wir glauben alle irgendwie mehr oder weniger an denselben Gott. Folglich können wir auch zusammen beten.“

Es gebietet die schiere Aufrichtigkeit, das nüchtern zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb kann es keine gemeinsamen Gebete mit Angehörigen anderer Religionen geben. Denn im Gebet schlägt das Herz unseres Glaubens. Es eignet sich nicht zu Demonstrationszwecken. Als Christen beten wir ausschließlich im Namen von Jesus Christus. Dabei haben wir einen anderen Gott vor Augen als beispielsweise Muslime oder Hindus. Indem gemeinsame Gebete verrichtet werden, kommt es unweigerlich zur Nivellierung der Gegensätze zwischen den Religionen. Die Konturen verwischen sich. Deshalb spreche ich mich sowohl gegen das interreligiöse als auch gegen das multireligiöse Gebet aus, wohl wissend, dass beide Arten höchst unterschiedlich zu bewerten sind.

Die interreligiöse Gebetspraxis überschreitet die Grenzen der Religionen. Miteinander betet man in dieselbe göttliche Richtung. Doch dafür gibt es christlicherseits keine theologische Basis. Es erweckt vielmehr den falschen Eindruck, als seien wir mit anderen Religionen im Gottesglauben eins. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Wir können als Christen nicht so tun, als ob es ohne Jesus Christus sachgemäße Gotteserkenntnis geben könnte. Beim interreligiösen Beten wird eine Harmonie vorgegaukelt, die inhaltlich nicht vorhanden ist. Hier werden unweigerlich Illusionen geweckt, die leicht in Verhärtungen umschlagen können.

In der multireligiösen Gebetspraxis betet jede Partei auf eigene Weise zu ihrer jeweiligen Gottheit. So wurde das bei den Friedensgebeten praktiziert, zu denen der Papst 1986 und 2002 eingeladen hatte. Zwar geht diese Gebetsart nicht davon aus, dass man sich beim Beten in die gleiche göttliche Richtung bewege. Vielmehr wird hier die Integrität der einzelnen Religionen und Gebetsriten gewahrt, und die Ausprägungen des unterschiedlichen Glaubens werden nicht miteinander vermischt. Aber dieser Eindruck entsteht leicht in der Öffentlichkeit. Deshalb bleibt dieses Beten, obwohl theologisch legitim, nach außen missverständlich. Aus diesem Grund lehne ich es ab.

Der Respekt vor der Eigenart der jeweiligen Religionen verbietet es, zusammenzufügen, was nicht zusammengehört. Weder die Gottesfrage und erst recht nicht die Christologie ergeben ein tragfähiges Fundament für inhaltliche Gemeinsamkeiten. Auch die häufig erfolgte Berufung auf den gemeinsamen „Vater Abraham“ erweist sich als höchst brüchig. Denn der im Koran häufig erwähnte Abraham hat mit dem der Bibel – außer dem Namen – wenig gemein. Christen und Muslime haben keineswegs – auch nur in Umrissen – denselben Abraham vor Augen, so dass man sich wenigstens auf diese inhaltliche Basis verständigen könnte.

Selbstverständlich trete ich für Kontakte und Begegnungen mit Vertretern anderer Religionen auf allen Ebenen ein. Aber ich halte es für undenkbar, zum Beispiel gemeinsam mit Muslimen Gottesdienst zu feiern oder mit ihnen zu beten, weil wir nicht an denselben Gott glauben.

(Pfarrer Dr. Christoph Morgner ist Vorsitzender des Evang. Gnadauer Gemeinschaftsverbandes Dillenburg, einem Zusammenschluss pietistischer Vereinigungen innerhalb der evangelischen Kirche)

Quelle: „zeitzeichen“ 9/2003 (Evang. Kommentare zu Religion und Gesellschaft)

4. Streiten in aller Offenheit

Der Rat der EKD hat kürzlich gemeinsame Gebete von Christen und Muslimen abgelehnt. Andere in der Kirche wiederum neigen manchmal zu vorschneller Harmonie nach dem Motto: Wir glauben doch alle an denselben Gott. Ein echter Dialog aber erfordert beides, sowohl Offenheit als auch Bereitschaft zum Konflikt.

Ilona Klemens, Pfarrerin für Ökumene, interreligiösen Dialog und Weltanschauungsfragen in Frankfurt a.M. sagt zu diesem Thema:

In Frankfurt a.M. gibt es 45 nichtchristliche Gotteshäuser und Gebetsstätten, 29 davon sind muslimisch. Es ist anzunehmen, dass die Zahl der Moscheen in Zukunft noch zunehmen wird. So mancher reagiert mit ängstlichen Vorbehalten. Was bedeutet das für eine Gesellschaft, in der das Christentum über viele Jahrhunderte die prägende Religion gewesen ist?

Ich plädiere dafür, in dieser Vielfalt, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat, vor allem eine Chance zu sehen, auch für die etablierten Kirchen. Zum einen, weil sie Christinnen und Christen herausfordert, sich über das Verhältnis ihres eigenen Glaubens zu dem von Menschen anderer Religionen Klarheit zu verschaffen. ... Darüber hinaus hilft es zu verstehen, dass Wahrheit letztendlich nicht zum Eigentum einer Religion erklärt werden kann und Gott immer größer ist als das, was wir uns an Vorstellungen von ihm machen.

...

Damit die Menschen ihre Ängste voreinander überwinden können, brauchen wir sowohl eine Kultur des Dialogs als auch eine Kultur des Konflikts – beides gehört zusammen. Der Dialog kann uns helfen, über den Austausch zu Glaubensfragen hinaus gemeinsame Interessen zu finden und Initiativen zu entwickeln, die eine Integration fördern. ...

Und wo die Vorstellungen auseinander gehen und zu Konflikten führen über das, was gut und richtig ist und was gelten soll bei uns, da müssen wir alle lernen, miteinander zu streiten – ohne Gewalt. ...

Selig sind die Frieden stiften, sagt Jesus, der ohne Angst immer wieder religiöse Grenzen überschritten hat. Lassen wir uns von seinem Beispiel leiten.

Quelle: Evangelisches Frankfurt Nr. 7/2003

C Berichte aus Deutschland

„Leider, meine Damen und Herren, kann ich den Verdacht, dass man als Deutscher in Deutschland keine Vorzugsbehandlung genießt, nicht entkräften. Im Gegenteil.“ So heißt es u.a. in der vieldiskutierten Rede von Herrn Hohmann, MdB zum 03.10.2003. Dass diese Auffassung gegen das Grundgesetz verstößt (Art. 3.3 GG) ist in der Antisemitismus-Diskussion und Bewertung völlig untergegangen.

Wir wollen sein Vorurteil bestärken und stellen fest: Christen werden wie Muslime behandelt und auch ihnen unterstellt man Staatsfeindschaft.

1. Strafanzeige gegen Pfarrer Wegner

Der Frankfurter Staatsanwaltschaft liegt eine Strafanzeige gegen einen Sprecher der ARD-Fernsehsendung „Das Wort zum Sonntag“ vor. Wie Oberstaatsanwalt Rainer Schilling auf epd-Anfrage erklärte, untersucht die Behörde gegenwärtig, ob der Frankfurter Pfarrer Helwig Wegner in der Sendung vom 26. Juli 2003 „zu Straftaten aufgefordert oder Straftaten gebilligt“ hat.

Wegner hatte im „Wort zum Sonntag“ den Fall eines erkrankten Flüchtlingskindes geschildert, das mit seinen Eltern illegal in Deutschland lebte und dem ein Kinderarzt auch ohne Papiere und Krankenkassenkarte gehandelt habe. Weiter hatte der Pfarrer erklärt, dass Illegalen in Deutschland „elementare Rechte vorenthalten“ würden. Deshalb sei es „richtig, auch gegen staatliche Gesetze dem Gebot der Nächstenliebe zu folgen“. Nach epd-Informationen hat ein Mann aus dem Raum Bayreuth den Pfarrer angezeigt. Noch sei allerdings offen, ob die Sache überhaupt verfolgt werde.

Quelle: Glaube und Heimat – Ev. Wochenzeitung für Thüringen 42/2003

2. „Illegal“ war doch legal

Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt a.M. hat das Ermittlungsverfahren gegen Pfarrer Helwig Wegner eingestellt. Gegen den Sprecher der ARD-Sendung „Das Wort zum Sonntag“ habe sich der Verdacht der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten nicht bestätigt (Az.: 6100 Js 234137/03).

Quelle: epd (evang. Pressedienst)

3. Schleierhaft

Weil eine katholische Nonne für das Foto auf dem Führerschein ihren Schleier nicht ablegen wollte, wurde sie von der Stadt Ingolstadt mit einer Sondergebühr von 50,- € belegt. Begründung: Bei muslimischen Frauen, die sich weigern, unverschleiert fotografiert zu werden, werde ebenso verfahren. Insofern ist die Entscheidung natürlich gerecht – aber irgendwie trotzdem das Letzte!

Quelle: Evangelisches Frankfurt Nr. 7/2003

D Berichte aus der islamischen Welt

1. Ankara verurteilt religiös motivierten Terror:

Die «spirituelle Schönheit der Religion» in Gefahr

Die türkische Staatsführung hat erstmals unmissverständlich den religiös motivierten Terrorismus verurteilt. Insbesondere der Regierungschef Erdogan verwahrte sich dagegen, den Islam zur Rechtfertigung von Tattataten heranzuziehen.

Der türkische Generalstabschef Özkök und der Regierungschef Erdogan haben am Dienstag den Anstoß zu einer vertieften Auseinandersetzung mit dem Terrorismus in der Türkei gegeben. Beide führten die vier verheerenden Anschläge in Istanbul zum ersten Mal in aller Deutlichkeit auf den religiös motivierten Extremismus zurück. Der Generalstabschef sagte vor der Presse, Religion und Politik seien zwei gefährliche Chemikalien; wer sie vermische, zerstöre «die spirituelle Schönheit der Religion». Özkök unterstrich noch einmal den Willen der Türkei, den Kampf gegen den globalen Terrorismus fortzusetzen. Die türkischen

Sicherheitskräfte haben den islamistischen Extremismus schon immer als eine der größten nationalen Gefahren bezeichnet.

Ein heikles Thema

Auch Ministerpräsident Erdogan verurteilte am Dienstag jede Art von Terror. Die Terroristen müssten wissen, dass sie die Einheit der Türkei nicht beschädigen könnten, sagte Erdogan vor seiner Regierungsfraktion. Er betonte, dass seine Regierung die Demokratisierung des Landes vorantreiben und diese nicht auf dem Altar einer Stabilität um jeden Preis opfern werde. Dann wagte sich der Regierungschef, der selber einer Variante des Islamismus verpflichtet ist, an ein Thema, welches viele Abgeordnete der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AKP) als besonders heikel empfinden. «Unsere Religion kann nicht mit dem Terror identifiziert werden», sagte der gemäßigte Islamistenführer. «Ich bezeichne die Terroristen einfach als «Repräsentanten der Gewalt».» Erdogan und die Führung der AKP hatten sich fast 15 Tage lang geweigert, die Urheber der blutigen Terrorwelle in Istanbul als islamistische Extremisten zu bezeichnen. Dutzende Verschwörungstheorien machten deshalb in der Öffentlichkeit die Runde. Die Regierung stellte erst letzten Montag einen Zusammenhang zwischen den Urhebern der Istanbul-Anschläge und dem Terrornetzwerk der Kaida her. Der Vizeregierungschef Sener erklärte, die Selbstmordattentäter und ihre Komplizen seien der Kaida nahe gestanden.

Prozess der Bewältigung

Indem die Spitze von Regierung und Armee unmissverständlich extremistische islamistische Kreise für die jüngste Terrorwelle verantwortlich macht, trägt sie zur Bewältigung der blutigen Ereignisse bei. Es sei schwer nachvollziehbar, dass der religiös motivierte Terror erst dann schlecht sei, wenn er an die Tür der Türkei geklopft habe, schrieb am Mittwoch die liberale Tageszeitung «Radikal». Sie fragte rhetorisch, ob denn Anschläge mit dem Islam vereinbar seien, wenn es unter den Opfern nur Christen, Juden oder Atheisten gebe. Der Kenner der Szene des islamistischen Extremismus, Cengiz Candar, rief die Staatsführung auf, den «Tumor» bei den türkischen Muslimen entschlossen zu entfernen. Auch die regierungsnaher Zeitung «Yeni Safak» plädierte für eine Säuberung der islamistischen Bewegung in der Türkei. Dabei machte sie darauf aufmerksam, dass die in den neunziger Jahren von einem Teil des Staats unterstützte extremistische Organisation Hizbullah damals fast 20 000 Mitglieder gehabt hatte.

Quelle: Neue Zürcher Zeitung, 04.12.2003

2. Deutsche (Christen) in der Türkei

Zwischen 12.000 und 20.000 Deutsche – so schätzt die deutsche Botschaft in Ankara – leben inzwischen schon ständig in der Türkei, 5446 verfügen über ein „lkamet“, eine befristete Aufenthaltsgenehmigung, die anderen reisen alle drei Monate aus und wieder ein. Die Zeitung „Hürriyet“ schätzte die Zahl der Deutschen kürzlich sogar auf 70.000. Auch bescheidene deutsche Renten ermöglichen bei den niedrigen Preisen für Immobilien, Lebensmittel, Wasser und Strom ein angenehmes Leben. Die Neu-Türken behalten fast immer ihre deutsche Krankenversicherung. Im Grundbuch von Alanya haben inzwischen mehr als 6200 Deutsche eine Immobilie eintragen lassen.

...

Die Einwanderer pflegen ihre Lebensart im deutschen Club „Die Brücke“ mit Festen, Ausflügen und Skatrunden. Zudem gibt es einen Ortsverband des „Hür Türk“, des Freiheitlich Türkisch-Deutschen Freundschaftsvereins, der – gegründet von türkischen Geschäftsleuten – deutschen Mitgliedern bei Problemen und Behördengängen hilft. Wir wollen die Deutschen integrieren, damit sie sich bei uns wohl fühlen“, sagt Hasan Sipahioglu, seit vier Jahren Bürgermeister von Alanya. ...

Immer mehr Pensionäre wollen auch in der neuen Heimat beerdigt werden.; neben dem muslimischen Gräberfeld hat die Stadt deshalb einen christlichen Friedhof angelegt. 50 Christen wurden hier in den vergangenen Jahren bereits beerdigt, im Frühjahr sprach bei der Bestattung eines Deutschen auf Wunsch der Familie sogar der Mufti Muhammed Gevher ein islamisches Totengebet. ... „Die Toleranz in der Türkei ist groß“, beteuert er, „warum sollte ich nicht am Grab eines Christen beten? Die Deutschen sind hier wie in Deutschland unsere Nachbarn und vor Gott sind alle Menschen gleich.“ Erst vor wenigen Tagen habe er einen deutschen Pfarrer empfangen, der hier bald mit seiner Arbeit beginnen wird.

Wegen der wachsenden Zahl von Christen plant sowohl die evangelische als auch die katholische Kirche inzwischen, Seelsorger an die türkische Riviera zu schicken. Im Auftrag der evang. Kirche hat der pensionierte Pfarrer Volkmar Metzner (62) aus Hanau zwei Monate lang die Toleranz der Türken getestet. ... „Es ist Bedarf da“, sagt er, an der Küste könne bald schon „eine deutsche Gemeinde

entstehen“. Deshalb hat er beim türkischen Generalkonsulat in Frankfurt eine Arbeitsgenehmigung beantragt. Sogar eine örtliche Kirche könnte es demnächst geben – Bürgermeister Sipahioglu hat kürzlich schon eine passende Immobilie ausgemacht. Sie thront auf dem Berg über der Stadt. In der alten Festungsanlage wird ab November eine byzantinische Kapelle aus dem 11. Jahrh. restauriert.
Quelle: Der Spiegel 42/2003 Seite 64+67

3. Christen in Ägypten

Es gibt in Ägypten zwar keinen ausgesprochenen Religionskonflikt, aber immer wieder Konflikte entlang der Religionsgrenzen. Ängste der mehrheitlich koptisch-orthodoxen Christen im Lande richten sich zur Zeit weniger gegen staatliche Maßnahmen, da die Regierung Mubarak als Garant des Status Quo gilt, als vielmehr gegen den Druck der Straße, gegen die zunehmende Islamisierung des privaten und nachbarschaftlichen Bereichs, der kleinen Milieus und gesellschaftlichen Zusammenhänge. Diese Ängste werden übrigens von vielen liberalen Muslimen geteilt.

Heute gibt es 28 anerkannte christliche Konfessionen und Denominationen aus dem weiten Gebiet der koptischen, orientalischen, orthodoxen, katholischen und protestantischen Christenheit. Die überwiegende Mehrheit sind koptisch-orthodoxe Christen (Angaben schwanken zwischen 3,95 und 6 Mio.).

Die koptische Kirche Ägyptens erscheint im Jahre 2003 in ihrem Bestand gesichert, ja in fast allen Bereichen im In- und Ausland prosperierend. Christen und Kirchen werden in Ägypten nicht staatlich verfolgt, sondern sind im öffentlichen Leben präsent und anerkannt.

Das Christentum ist auf der anderen Seite aber auch nicht gleichberechtigt gegenüber dem Islam, dessen Rechtssystem die Hauptquelle der ägyptischen Gesetzgebung bildet.

Die Kopten sind in ihrer gesellschaftlichen und politischen Bedeutung eher unterrepräsentiert. Sie erscheinen heute in sich gekehrt, im politischen Leben wenig auffällig. Die ägyptische Kirche kann als konservativ national gelten und ist kulturell orientalistisch ausgerichtet; besonders in Moralfragen ist sie westlichen Vorstellungen sehr entgegengesetzt.

Quelle: miteinander 3/2003, Hrsg. Katholisches Auslandssekretariat
(der vollständige Artikel kann beim CIVH angefordert werden)

4. Der Maronitische Patriarch von Antiochien, Kardinal Nasrallah Sfeir, hat den von Israel errichteten Schutzwall gegen die Palästinenser kritisiert.

Die Berliner Mauer habe gezeigt, dass solche Lösungen keinen Bestand hätten, sagte der Patriarch, der im libanesischen Beirut residiert, in München. Er appellierte an beide Parteien, den seit mehr als 50 Jahren andauernden Konflikt zu beenden und den Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung frei zu machen. Derzeit sei das Leben „für beide die Hölle“, so der Kardinal.

Quelle: kna (kath. Nachrichten-Agentur)

5. „Abrahams Herberge“ steht Juden, Moslems und Christen offen

„Wer im Land der Bibel nicht an Wunder glaubt, ist kein Realist!“ Dieser Satz des palästinensischen evangelisch-lutherischen Pfarrers Jadallah Shihadeh ist inzwischen Legende, wie sein Ausspruch: „Das Glück des einen Volkes hängt vom Glück des anderen ab.“

Beide Zitate sind immer wieder gefallen im Zusammenhang mit seiner Lebensaufgabe, dem beispiellosen Friedensprojekt „Abrahams Herberge“ – der Begegnungsstätte für Muslime, Juden und Christen in seiner Kirchengemeinde des kleinen Ortes Beit Jala, am Rande Bethlehems gelegen. Nun ist die „Abrahams Herberge“ fertig und wird am 30. Oktober offiziell ihrer Bestimmung übergeben, nachdem die politischen Wirren das Projekt immer wieder hinausgezögert haben.

Quelle: Glaube und Heimat – Ev. Wochenzeitung für Thüringen 43/2003

6. Bibeln für Dubai

In Dubai ist das erste Bibelzentrum in den Vereinigten Arabischen Emiraten eröffnet worden. Es entstand nach Mitteilungen der Deutschen Bibelgesellschaft in Zusammenarbeit zwischen der Bibelgesellschaft des Persischen Golfs und der Evang. Kirche in Dubai. Neben einem Buchladen für biblische Schriften gebe es auch

einen Medienraum, wo die Welt der Bibel am Computer erkundet werden kann. Von den 2,9 Millionen Einwohnern der Emirate seien etwa drei Prozent Christen. Die Bibelgesellschaft des Persischen Golfs will nicht zwei weitere Bibelzentren einrichten.

Quelle: epd (evang. Pressedienst)

Betrifft: Sonntagsverkauf in Rheinfelden

Die großen philosophischen Fragen unserer Zeit finden inzwischen ganz einfache Antworten: Wo komme ich her? Von Karstadt. – Wo gehe ich hin? Zum Media Markt. – Warum lebe ich? Zum Geld verdienen und Geld ausgeben. Man könnte meinen, der Mensch habe den aufrechten Gang gelernt, um Einkaufstaschen tragen zu können. Und das möglichst an sieben Tagen in der Woche.

Als im Sommer 2002 die Diskussion um einen verkaufsoffenen Sonntag in Rheinfelden in Gang kam, lud der „ökumenische Arbeitskreis“ (der christlichen Kirchen am Ort) Herrn Oberbürgermeister Niethammer als Vertreter der Stadtverwaltung und den Gewerbevereinsvorsitzenden Michael Schumacher zum Gespräch ein. Ziel war es, die Positionen der jeweils anderen Seite zu verstehen und einen Kompromiss für die Zukunft zu finden. Als Gesprächsergebnis formulierten die Kirchen einen Brief, in dem es heißt: „Wir würden *einen* verkaufsoffenen Sonntags pro Jahr zwar nicht begrüßen, aber akzeptieren. Allerdings bitten wir - in Rücksichtnahme auf die verschiedenen Gottesdienstzeiten - darum, die Öffnungszeiten auf 12-17 Uhr zu legen. Von der Genehmigung weiterer verkaufsoffener Sonntage bitten wir abzusehen. Vielmehr gilt es, den religiösen und auch gesellschaftlichen Wert des Sonntags wieder ins Bewusstsein zu rufen.“

Offensichtlich ließ sich dieser Kompromiss im Gewerbeverein nicht durchsetzen: Für 2003 wurden – ohne weitere Gespräche im Vorfeld - zwei verkaufsoffene Sonntage beantragt – und genehmigt. Der Verkauf begann bereits um 11.00 und auch bei der Auswahl der Verkaufsstandorte wurde wenig Fingerspitzengefühl bewiesen: Direkt vor der Evangelischen Kirche war eine Auto-Verkaufsausstellung aufgebaut.

Die Argumente der Befürworter und Gegner des Sonntagsverkaufs haben sich seither nicht geändert. Einerseits soll der verkaufsoffene Sonntag die Attraktivität von Rheinfelden (Innenstadt) als Einkaufsort steigern und den Konsument/innen „Einkaufserlebnisse“ ohne Zeitdruck ermöglichen.

Andererseits bieten die bestehenden Ladenöffnungszeiten bereits einen großen Spielraum für die individuelle Einkaufsplanung. Für ein „mehr“ in diesem Bereich die Errungenschaften des Sonntags anzutasten, leuchtet vielen nicht ein. So setzen wir Kirchen uns dafür ein, dass der Sonntag als gemeinsamer Ruhetag und als bewusste gemeinsame Unterbrechung von Arbeit, Leistung und Konsum geschützt bleibt.

Dass nun gerade der 1.Advent für einen verkaufsoffenen Sonntag gewählt wird, symbolisiert den Konflikt in erschreckender Klarheit: Kaum eine kirchliche Festzeit ist von ihrem ursprünglichen Sinn weiter entfernt (worden) als die Adventszeit. Eigentlich geht es in der Adventszeit um eine Vorbereitungs- und Fastenzeit, in der Menschen zur Ruhe und Besinnung kommen sollen: Wo sind Gottes Spuren (wie Lichter in der Dunkelheit) in der Welt und in meinem Leben zu finden? Was trägt mein Leben? Was ist der Grund meiner Hoffnungen? Thema der Adventszeit ist: Welche Sehnsucht gibt meinem Leben Ziel und Sinn? Worauf lohnt es sich zu warten?

In der Realität unserer Fußgängerzonen wird aber nicht Advent gefeiert, sondern (mindestens) vier Wochen lang eine Karikatur von Weihnachten: Nicht mehr Besinnung und Erwartung bestimmen diese Zeit im Jahr, sondern das Motto „ich will alles und zwar sofort“. Hier wenigstens an den Adventssonntagen eine Pause einzulegen, wäre lebens-wichtig und ein echtes Er-leb-nis: Zu spüren, dass unsere Sehnsucht nach dem heilen Leben eben nicht durch Einkaufen von Dingen Nahrung bekommt, sondern durch das Verschenken von Zeit – und das Nutzen dieser Zeit – z.B. für die wichtigen Fragen „wo komme ich her – wo gehe ich hin – warum lebe ich?“.

Rheinfelden 27.11.2003 - Für den „ökumenischen Arbeitskreis Rheinfelden“: Andreas Bücklein, ev. Pfarrer